

TagesZeichen vom 03. April 2006:

Die Kulturpartei – Anwalt der Kulturschaffenden

(Redaktion: Silvia Wiegand)

Mindestens so wunderbarlich wie manches Gewächs der artenreichen deutschen Parteienlandschaft (erinnern Sie sich nur an die "levitierenden" Naturgesetzler, die im Lotus-Sitz durch ihre Fernseh-Wahl-Spots hopsten), sind auch ihre Brachen: Mit Kultur als zentralem oder gar tiefer durchdachten Schlüsselbegriff des eigenen Selbstverständnisses hat in der Bundesrepublik bis dato erstaunlicherweise noch keine Partei Politik betrieben.

Das soll sich ab sofort ändern. Ein bunt gemischter Haufen aus Kulturschaffenden und -interessierten traf sich nun in Berlin, um Bundes- und Landesverband der Kulturpartei zu gründen. Die Gründung verlief nachgerade harmonisch und erinnerte eher an eine Kreisverbandssitzung. Statt zu debattieren rekurrten die Versammelten hauptsächlich auf monatelang erarbeitete Grundlagen oder verlasen zur Feier des Tages Schöngeistiges aus eigener Feder. Gelegentlich fallende Bonmots wie "Nur mit Querköpfen wird aus Längsköpfen ein Muster" erinnerten zwar an Sponti-Parolen, das Procedere jedoch verlief preußisch-stramm. Ohnehin sollte die Gründung wenig mehr als einen formalen Zwischenschritt darstellen auf dem schwierigen Weg, der Kultur, einschließlich ihrer kreativen Köpfe, zu mehr Aufmerksamkeit, Recht und Mitteln zu verhelfen. Denn die neue Partei definiert den kulturellen Sektor als das pflegebedürftige Herz, den stotternden Motor der Republik.

Das klingt halbwegs treffsicher in einer reformbedürftigen Gesellschaft vor der maßvoll bedrohlichen Kulisse einer im Wandel befindlichen Welt. Ohnehin besitzt das Wort Kultur per se ausreichend Wohlklang, weswegen es eigentlich von keinem Politiker ungestraft ignoriert werden dürfte. Nur verhält sich die Sache mit der Kultur vielleicht etwas zu komplex. Denn Kultur als vielseitiger, biegsamer, und somit eigentlich perfekt politik-tauglicher Begriff, der sich von Haus aus auf all das bezieht, was der Mensch zu leisten imstande ist, verströmt, genauer unter die Lupe genommen, ein durchaus süß-saures Aroma. Unter dieser Prämisse ist das von der Kulturpartei als stiefmütterlich bemangelte Verhalten der etablierten Parteien gegenüber kulturellen Belangen zu verstehen: Sowieso drängen viel mehr Kulturschaffende auf den Markt, als der an Nahrung hergibt. Und es gibt wahrlich größere Märkte, deren Pflege einträglicher scheint. Nützliche, erbauliche und von hohem Geist beflügelte Werke finden sich ja ebenso unter Obhut des Kulturbegriffs wie gewisse Unterhaltungsformate oder noch deutlichere Angriffe auf die seelische und körperliche Unversehrtheit größerer Menschengruppen. Oft ist nicht ganz leicht

zu verstehen, was diese Kulturmenschen überhaupt wollen. Und dafür Geld ausgeben? Eigentlich steckt so ziemlich alles drin, was unser Leben angeht, im Begriff Kultur, nur fällt in diesen Krämerzeiten zuwenig zählbares dabei ab - und wo doch, geniert sich selbst der ein oder andere Volksvertreter, das hehre Wort im selben Atemzug zu nennen.

Die Kulturpartei sieht das natürlich aus eigener Warte. Naiv, ließe sich sagen, doch gleichwohl ihrer Naivität bewusst. Sie spricht von existentiellen Mehrwert an geistigem Gut und betrachtet sich selbst in bezwingender Logik als Volkspartei: "Kultur ist Ausdruck menschlicher Freiheit und Kreativität und beeinflusst nicht nur Wirtschaft und Politik, sondern auch die persönlichen Interessen eines jeden entscheidend. Sie ist der Nährboden einer Gesellschaft, der Identität vermittelt und Zusammenhalt bietet", verlautet die Präambel des vorläufigen Programms, einer umfassenden Streitschrift für Konsumenten und Erschaffer von Kultur- und Bildungsgut. Manche Idee daraus ist bekannt und hat unter Umständen in der Vergangenheit einmal funktioniert, sehr populär beispielsweise der kostenlose Zugang zu Studium und Museen.

Falls Deutschland diese Partei wirklich braucht, dann wohl am ehesten in ähnlicher Weise wie einst die hartnäckigen Grünen, die die überfällige Auseinandersetzung mit dem Thema Umwelt in die Volksparteien trugen. In Zeiten der Umverteilung und zunehmenden Bedeutung von Unternehmen für die Förderung von Bildung und Kultur festigt sich offenbar die Sorge um Chancengleichheit in der gesellschaftlichen Basis. Dass ausgerechnet jetzt eine Spartenpartei in der Landschaft auftaucht, die sich von den Kultur- und Bildungsprogrammen der großen Parteien nicht mehr ausreichend vertreten empfindet, ist jedenfalls alles andere als Zufall.